



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Soziales Bayern in der Krise II – Corona-Informationen für gehörlose Menschen sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Pressekonferenzen in der Corona-Krise live durch Präsenzdolmetscherinnen und Präsenzdolmetscher in Gebärdensprache zu übersetzen und im Fernsehen auszustrahlen. Nur so wird sichergestellt, dass Informationen gehörlose Menschen – insbesondere gehörlose Seniorinnen und Senioren – erreichen.

Begründung:

In der Corona-Krise spielt eine gute und transparente Informationspolitik eine entscheidende Rolle sowohl bei Aufklärung und Schutz der Bevölkerung als auch im Hinblick auf die allgemeine Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen. Hierbei gilt es insbesondere die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung in den Blick zu nehmen, die durch unterschiedliche soziale und kommunikative Barrieren in der gleichberechtigten Teilhabe – auch an Informationen – eingeschränkt werden. Die Pressekonferenzen der Staatsregierung spielen eine zentrale Rolle für die Kriseninformation in der Corona-Pandemie. Bislang gibt es jedoch nur eine Übersetzung in Gebärdensprache per Livestream. Vor allem gehörlose Seniorinnen und Senioren in Bayern bekommen aus diesem Grund oftmals von Maßnahmen der Staatsregierung nichts oder mit zeitlicher Verzögerung etwas mit. In der derzeitigen Corona-Krise stellen fehlende Informationen ein Gesundheitsrisiko dar. Die UN-Behindertenrechtskonvention regelt in den Artikeln 9 „Zugang“ und 25 „Gesundheit“ ganz klar die staatliche Verantwortung, barrierefreie Information und gleichberechtigte Gesundheitsvorsorge zu gewährleisten. Insofern darf diese Lücke nicht dem Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen überlassen werden, sondern der Staat muss handeln.

Die Pressekonferenzen der Staatsregierung sollten live durch Präsenzdolmetscherinnen und Präsenzdolmetscher in Gebärdensprache übersetzt werden. Nur so wird sichergestellt, dass Informationen gehörlose Menschen unmittelbar und in Echtzeit über das Fernsehen und vor allem auch diejenigen erreichen –, ältere und damit aktuell besonders gefährdete Personen – die im Umgang mit Internet und Livestreams nicht geübt sind. Hierbei kann das Vorgehen des Robert-Koch-Instituts oder der Länder Frankreich und Italien, wo Corona-Informationen von Anfang an live in Gebärdensprache übersetzt wurden, als Vorbild dienen.